

Landespressekonferenz am 09.10.2023, 11.00 Uhr, Stuttgart
Umfrage zur Unterrichtsabdeckung in Baden-Württemberg

Durchgeführt durch den VBE Baden-Württemberg

Gerhard Brand, Landesvorsitzender VBE

- Es gilt das gesprochene Wort. –

Sehr geehrte Damen und Herren,

„wir stehen für eine Kultur des Hinschauens“, mit diesen Worten übertitelte das Kultusministerium seine Pressemeldung zum Schuljahresstart. Was aber genau unter einer solchen Kultur zu verstehen ist, blieb etwas unklar. Positiv gemünzt würde es bedeuten, genau hinzuschauen, wo es an den Schulen brennt und dann entsprechend zu helfen. In etwa so wie es nun an Brennpunktschulen im Rahmen der sozialindexbasierten Ressourcenzuweisung geschehen soll.

Es gibt aber noch eine zweite, nicht ganz so positive Leseart. Hiernach würde die Ankündigung darauf abzielen, die Schulen stärker an die Kandare zu nehmen. Für diese Leseart spricht eine ganze Reihe von Neuerungen, die ab diesem Schuljahr greifen: Von der datengestützten Schulentwicklung samt verpflichtenden Ziel- und Leistungsvereinbarungen über die schrittweise Etablierung von neuen Leistungstests wie Lernstand 2 und Kompass 4 bis zur verbindlichen Einführung von BISS-Transfer. All diese Neuerungen stehen im Zeichen der Schul- und Unterrichtsqualität und sollen das Land in den Bildungsstudien wieder nach vorne bringen. Dies hat sicher seine Berechtigung, für die Schulen bedeuten die neuen Programme jedoch zunächst einmal mehr Kontrolle durch die Schulaufsicht und weitere Mehrarbeit.

Die neue Kultur des Hinschauens bringt somit für einige wenige Schulen ein Plus an Unterstützung, für das Gros der Schulen jedoch ein Plus an Aufgaben. Hinzu kommen die Herausforderungen in der Demografie und Flüchtlingsbeschulung. Völlig zurecht stellte die

Kultusministerin daher in besagter Pressemeldung fest: „Eine gute Unterrichtsversorgung bleibt unsere größte Herausforderung“.

Genau hier setzt unsere heutige Umfrage an: Das zweite Jahr in Folge haben wir die Schulleitungen in Baden-Württemberg befragt, wie es um die Unterrichtsqualität und Unterrichtsabdeckung an ihrer Schule bestellt ist. Genau 1.008 Schulleitungen haben uns in der dritten Unterrichtswoche vom 25. bis 29. September geantwortet.

Da wir keine Zufallsauswahl getroffen, sondern alle 3.140 öffentlichen und allgemeinbildenden Grundschulen, Schulen der Sekundarstufe 1 sowie Sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentren angeschrieben haben, handelt es sich nicht um eine Studie mit wissenschaftlicher Repräsentativität. Aufgrund der sehr hohen Teilnehmerzahl können wir aber davon ausgehen, dass die Daten eine hohe Aussagekraft besitzen.

Grundschule

Wir haben die Schulleitungen zunächst gefragt, wie sie an ihrer eigenen Schule mit Lehrkräften versorgt sind.

Der Normalfall sollte eine Versorgung von mindestens 100 Prozent sein – alle Lehrerstellen sind besetzt, der Unterricht kann wie vorgesehen stattfinden und ein vitales Schulleben kann sich entwickeln. Man könnte auch sagen: Ab 100 Prozent beginnt Schule! Allerdings entsprechen 100 Prozent nur einer theoretischen Vollversorgung. Um Krankheitsausfälle, Grippewellen, Fortbildungen, Schwangerschaften, Sabbaticals oder besondere Belastungslagen, man denke an die Corona-Jahre oder die zunehmende Flüchtlingsbeschulung, abdecken zu können, bräuchten die Schulen eigentlich eine Versorgung von 110 bis 130 Prozent.

<<< Folie 3 >>>

Schauen wir nun auf den Primarbereich stellen wir fest:

- Eine Versorgung von 100 Prozent weist aktuell nur jede dritte Grundschule auf
- Gut jede zweite Grundschule kämpft bereits zu Schulbeginn mit Personallücken von bis zu zehn Prozent. Ein vollumfänglicher Unterricht auf dem geforderten Niveau ist somit nicht mehr möglich
- Jede zehnte Grundschule hat Lücken jenseits der zehn Prozent. Bei einer solch gravierenden Unterversorgung ist es kaum noch möglich, den Regelbetrieb abzudecken

Das ist die aktuelle Lage der Grundschulen in Baden-Württemberg und da gibt es nicht viel schönzureden. Im Vergleich zu letztem Jahr lassen die Daten immerhin eine leichte Verbesserung erkennen: So hatte in der Umfrage 2022 noch fast jede fünfte Grundschule (19 Prozent) mit Versorgungslücken von über zehn Prozent zu kämpfen.

<<< Folien 4 und 5 >>>

Trotz dieser leicht positiven Tendenz sind die Folgen der Personallücken auf die Unterrichtsqualität und den Schulbetrieb gravierend:

- Wie letztes Jahr geben zehn Prozent der Grundschulen explizit an, den Regelbetrieb nicht leisten zu können
- Rund vier von zehn Grundschulen müssen Klassen zusammenlegen
- An gut jeder dritten Grundschule muss bereits Unterricht ausfallen
- An jeder zweiten Grundschule müssen die Lehrkräfte bereits MAU-Stunden leisten

MAU steht für MehrArbeitsUnterricht und bezeichnet geleistete Unterrichtsstunden, die über das eigentliche Deputat hinausgehen. Bei einer beamteten Vollzeitlehrkraft fallen drei MAU-Stunden monatlich unter die sogenannte Bagatellgrenze und werden nicht vergütet. Allerdings darf eine Schulleitung MAU-Stunden ausdrücklich nur bei zwingenden dienstlichen Gründen anordnen und auch erst dann, wenn andere Maßnahmen bereits erschöpft sind. Zu den vorher auszuschöpfenden Maßnahmen zählen etwa der Einsatz der Lehrerreserve (KV-Stunden), die Aufstockung von Teilzeitdeputaten, der Wegfall von ergänzenden schulischen Angeboten oder Gruppenzusammenlegungen.

Wenn nun bereits zum Schulstart jede zweite Grundschulleitung nicht auf die Anordnung von Mehrarbeit verzichten kann, dann wird klar, wie prekär die Lage ist. Ernüchternd ist dann auch die Erkenntnis, dass die KV-Reserve bereits in der dritten Schulwoche aufgebraucht ist.

Angesichts dieser Bedingungen darf es niemanden im Ministerium wundern, wenn die Attraktivität des Berufs massiv leidet und die Bewerberzahlen auf das Lehramt Grundschule sich in den letzten zehn Jahren mehr als halbiert haben. Die Kultusministerin immerhin scheint sich der Lage bewusst zu sein und hat die Grundschule nun ins Zentrum ihrer Bildungspolitik gerückt. Mit einem ganzen Bündel an Maßnahmen versucht sie die Unterrichtsversorgung zu sichern. Im Zentrum allerdings steht eine Maßnahme, die bereits unter Ministerin Eisenmann erfolgte: Der Ausbau der Studienkapazitäten. In diesem Schuljahr nun kommen die ersten zusätzlichen Absolventen an die Schulen. Wie das Ministerium jedoch in seinem Pressestatement zum Schulstart selbst feststellt, wird durch die gestiegenen Schülerzahlen „der positive Effekt der Studienplatzerhöhungen in der Grundschule sofort aufgezehrt“.

Der VBE sieht daher einen weiteren und kontinuierlichen Ausbau der Studienplätze als unabdingbar. Damit einhergehend stellt sich die Frage, ob der Numerus clausus noch angemessen ist. Zu beiden Punkten aber schweigt sich das Ministerium aus. Stattdessen hat es nun die Grundschule für den Direkteinstieg geöffnet. Angesichts der Versorgungslücken ist dies zwar verständlich, andererseits aber ist es auch ein riskantes Spiel, die Standards immer weiter abzusenken. Den eingeführten Direkteinstieg mittels Bachelor lehnt der VBE klar ab. Der Master muss als notwendige Qualifizierung für alle Schularten erhalten bleiben.

Davon unabhängig ist aktuell nicht absehbar, ob der Direkteinstieg zu einem nennenswerten Zuwachs an Grundschullehrkräften führen wird. Stand 1. September konnten lediglich 15 Personen landesweit für die Qualifizierung gewonnen werden.

Eine weitere Maßnahme, auf die das Ministerium in seiner Pressemeldung hinweist, ist der Einsatz von Schulsozialarbeitern, pädagogischen Fachkräften, Psychologen und Medizinerinnen, sowie Verwaltungsfachkräften, den sogenannten multiprofessionellen Teams.

Dies ist eine Forderung, die der VBE schon lange vor sich herträgt. In der Grundschule beobachten wir seit etwa zehn Jahren eine ständig wachsende Heterogenität in der Schülerschaft, die sich zuletzt nochmals zugespitzt hat. Durch die Schulschließungen während Corona ist die Kluft zwischen leistungsstarken und leistungsschwachen Schülerinnen und Schülern weiter auseinandergedriftet. Ein Effekt, der sich durch die jüngsten Flüchtlingswellen abermals verstärken dürfte. In dieser Situation wären multiprofessionelle Teams eine große Stütze für die Schulen.

Im jetzigen Modell allerdings kommen in den nächsten vier Jahren lediglich 16 Grundschulen in den Genuss dieser Teams. Angesichts der 2.300 Grundschulen im Land handelt es sich dann doch eher um eine Nebelkerze als um eine wirkungsvolle Maßnahme der Entlastung.

Sekundarstufe 1 (Sek 1)

<<< Folie 11 >>>

An den Haupt- und Werkrealschulen, Realschulen und Gemeinschaftsschulen setzt sich die Mangelversorgung der Schulen nahtlos fort:

- Nur jede sechste Schule liegt mit 100 Prozent im grünen Bereich
- Jede zweite Schule kämpft mit Versorgungslücken von bis zu zehn Prozent
- Drei von zehn Schulen berichten von Personallücken jenseits der zehn Prozent
- Besonders dramatisch: Jede zwölfte Schule fällt sogar unter die 80-Prozentmarke!

Die diesjährige Umfrage bestätigt damit grob die Werte des letzten Jahres. Insgesamt ist die These einer besseren Versorgung der weiterführenden Schulen damit nicht aufrechtzuerhalten, sie trifft allenfalls auf den hier nicht erfassten gymnasialen Bereich zu.

<<< Folien 12 und 13 >>>

Die Folgen der Personallücken auf den Unterricht und Schulbetrieb sind beträchtlich. Wie gehen Schulen damit um?

- Jede fünfte Schule gibt an, den Regelbetrieb nicht leisten zu können
- An sechs von zehn Schulen muss bereits Unterricht ausfallen
- An gut jeder zweiten Schule leisten die Lehrkräfte bereits MAU-Stunden
- Drei von zehn Schulen müssen Klassen zusammenlegen
- An jeder vierten Schule müssen Personen ohne Lehramtsausbildung unterrichten

Damit zeigt sich, dass es auch im Sekundarbereich zu deutlichen Einschnitten im Schulalltag, Einbußen in der Unterrichtsqualität und beträchtlicher Mehrarbeit für die Lehrkräfte kommt. Das Ministerium betont, die Studienkapazitäten für den Sek-1-Bereich ab dem Schuljahr 2018/19 ausgebaut zu haben, was sich aber erst in zwei Jahren in der Versorgungslage widerspiegeln dürfte. Allerdings dürfte dieser Effekt ähnlich wie an der Grundschule durch die anwachsenden Schülerzahlen sofort wieder aufgezehrt werden.

Den Berechnungen des Statistischen Landesamtes zufolge, wachsen die Schülerzahlen an den Sek-1-Schularten in den nächsten zehn Jahren um bis zu 14 Prozent. Ein weiterer und kontinuierlicher Ausbau der Studienplätze ist daher dringend angezeigt.

Ob dagegen der neue duale Lehramtsmaster die Versorgung verbessert, steht zu bezweifeln. Zwanzig Studienplätze für das Lehramt Sek 1 stellen hier allenfalls ein Tröpfchen auf dem heißen Stein dar. Ähnliches gilt für den Direkteinstieg, für welchen das Land im Sek-1-Bereich bislang nur 19 Personen gewinnen konnte.

Der VBE unterstreicht daher seine Forderung, den Fokus auf die originär ausgebildeten Lehrkräfte und nicht auf die Einführung immer neuer Ausbildungswege zu legen. Die Forderung beinhaltet nicht nur den Ausbau des originären Lehramtsstudiums, sondern ebenso eine bessere Studienberatung, eine engere Begleitung im Studium, einen stärkeren Praxisbezug und

nicht zuletzt auch aktive Maßnahmen zur Gesunderhaltung der Lehrkräfte. Im Vergleich zu anderen Berufsgruppen müssen Lehrerinnen und Lehrer besonders häufig frühzeitig aus dem Dienst ausscheiden, etwa jede zehnte Lehrkraft wird dienstunfähig. Dies sollte der Politik nicht nur in Zeiten des Lehrkräftemangels ein Alarmsignal sein.

Sonderpädagogisches Bildungs- und Beratungszentren (SBBZ)

<<< Folien 19 und 20 >>>

Wie im letzten Schuljahr, beobachten wir auch in der diesjährigen Umfrage die größten Personallücken im Bereich der SBBZen:

- Von 133 an der Umfrage beteiligten SBBZen sind genau drei Schulen vollversorgt, was einer ernüchternden Quote von zwei Prozent entspricht
- Sieben von zehn SBBZen kämpfen mit Versorgungslücken jenseits der zehn Prozent
- Besonders dramatisch: Fast vier von zehn SBBZen fallen sogar unter die 80-Prozent-Marke
- Wie letztes Schuljahr kann ein gutes Drittel aller SBBZen den Regelbetrieb nicht leisten und befindet sich praktisch im Notbetrieb

Damit fallen die Werte ähnlich erschütternd aus wie letztes Jahr. Dass es das Land in dem hochsensiblen Gebiet der Sonderpädagogik nicht annähernd schafft, die Schulen mit ausreichend Personal zu versorgen, gleicht einer Bankrotterklärung.

<<< Folie 21 >>>

Infolge der katastrophalen Personallücken muss bereits zu diesem frühen Zeitpunkt im Schuljahr rund jedes zweite SBBZ Unterricht ausfallen lassen, Klassen zusammenlegen und Personen ohne Lehramtsausbildung unterrichten lassen. Insbesondere der letzte Punkt ist nur schwer akzeptabel: Gerade in der Sonderpädagogik benötigen wir spezialisiertes und gut geschultes Personal. Die jeweilige Art und Schwere der Beeinträchtigung der einzelnen Schülerinnen und Schüler muss im Unterricht eine medizinische, soziale und pädagogische Berücksichtigung finden. Dies können nur voll ausgebildete Sonderpädagoginnen und Sonderpädagogen leisten.

Das Ministerium betont, nun am Standort Freiburg 175 zusätzliche Studienplätze für die Sonderpädagogik geschaffen zu haben. Dies ist ein Schritt in die richtige Richtung. Eine kurze Überschlagsrechnung zeigt jedoch, wie spärlich diese Maßnahme ausfällt: Im Schuljahr 2022/23 lag die Anzahl der Schülerinnen und Schüler am SBBZ bei 53.500 – die privaten SBBZen eingerechnet.

Laut Angaben des Statistischen Landesamtes wird diese Zahl in den nächsten acht Jahren voraussichtlich auf 56.800 ansteigen. Weiter gibt das Statistische Landesamt durchschnittlich rund acht Kinder je Klasse in einem SBBZ an – demnach entstehen allein in den nächsten acht Jahren über 400 neue Klassen und ein entsprechender Bedarf an Lehrerstellen. Die bereits vorhandenen und oben aufgezeigten Versorgungslücken sind dabei noch gar nicht eingerechnet. Der Studienausbau muss folglich gerade in der Sonderpädagogik weiter vorangetrieben und massiv beschleunigt werden. Die Beschulung am SBBZ ist ein maßgeschneidertes Angebot zum Wohle beeinträchtigter Kinder. Schülerinnen und Schüler benötigen passgenaue Bildungsinhalte und eine individuell ausgestaltete Lernumgebung. Der Erhalt der SBBZ bleibt daher unverzichtbar. Sie müssen mit den erforderlichen Ressourcen ausgestattet sein.

Neben dem unzureichenden Studienausbau stellt aus Sicht der SBBZen die Abwanderung von Sonderpädagoginnen und Sonderpädagogen in die Inklusion eine weitere Herausforderung dar. Ein pragmatischer Lösungsvorschlag wäre, die Inklusion bevorzugt im Modell der Außenklassen zu fahren. Viele Schulen berichten uns, dass dieses Modell gut funktioniere. Dagegen sei das alternative Modell des gemeinsamen Unterrichts in zieldifferenten Settings deutlich personalintensiver und an vielen Schulen nur bedingt umsetzbar.

Warum das Land sich dennoch auf dieses personalintensive Modell festgelegt hat, ist gerade angesichts der Personallage nur schwer nachvollziehbar. Ein sehr pragmatischer Vorschlag wäre außerdem, unter den Regelschulen besondere Schwerpunktschulen für Inklusion einzurichten. Dass jede einzelne Regelschule Inklusion umsetzen muss, geht nicht nur mit Blick auf die dünne Personaldecke an der Realität vorbei, sondern scheitert oftmals auch bereits an den baulichen Voraussetzungen.

Fazit

Die Mangelversorgung der Schulen führt auch in diesem Schuljahr zu gravierenden Einbußen in der Unterrichtsqualität. Über alle Schularten hinweg kommt es zu erheblichen Unterrichtsausfällen und tiefen Einschnitten im Schulalltag. Viele Schulen können trotz Mehrarbeit der Lehrkräfte den Regelbetrieb nicht abdecken. Am angespanntesten ist die Lage ausgerechnet in dem sensiblen Bereich der Sonderpädagogik, die Situation der SBBZen beobachten wir mit großer Sorge. Die Landesregierung wird nicht müde zu betonen, dass sie mehr Geld ins Kultusressort steckt als in jedes andere Ressort. Das mag stimmen und doch belegt Baden-Württemberg laut dem Institut der deutschen Wirtschaft bei den Bildungsausgaben je Schülerin und Schüler nur einen der hinteren Plätze im Ländervergleich und hinkt beim Ausbau der Studienplätze dem Bedarf hinterher.

<<< Folien 6, 14 und 22 >>>

Fragt man die Schulleitungen was passieren müsste, um dem Lehrkräftemangel beizukommen, lauten die Antworten:

Mehr Wertschätzung seitens Politik und Schulverwaltung, Studienplätze erhöhen, Besoldung aller Lehrkräfte nach A 13, Entlastung, kleinere Klassen und Deputate kürzen.

Wir wissen, dass kleinere Klassen und geringere Deputate aktuell wenig realistisch sind. An anderer Stelle aber könnte das Land mit etwas Investitionsmut durchaus mehr leisten. Dass eine Bezahlung nach A 13 realistisch ist, zeigen die vielen anderen Bundesländer, die hier voranschreiten. Und auch wenn sich Wertschätzung nicht allein in der Besoldung erschöpft, so ist eine faire und gleiche Bezahlung aller Lehrkräfte doch wesentlich. Wertschätzung zeigt sich aber auch in einer glaubhaften Entlastung der Schulen: Indem man etwa die Studienplätze dem tatsächlichen Bedarf anpasst oder multiprofessionelle Teams an allen Schulen ermöglicht.

Um die Unterrichtsqualität zu sichern und allen Kindern und Jugendlichen wieder einen normalen Schulalltag zu ermöglichen, fordert der VBE:

- Wegfall des Numerus clausus (ist im gymnasialen Bereich bereits üblich)
- Stärkung des originären Lehramtsstudiums: Bessere Studienberatung insbesondere mit Blick auf die Fächerkombination, engere Studienbegleitung
- Gesunderhaltung der im System befindlichen Lehrkräfte
- A 13 für alle Lehrkräfte, um den Beruf attraktiv zu halten und wettbewerbsfähig zu bleiben
- Flächendeckender Einsatz von multiprofessionellen Teams